

Fachverband der Kämmerer in NRW tagte in Neuß.

Am 18. Mai 2005 tagte in Neuß der Fachverband der Kämmerer in NRW. Versammelt hatten sich rund 200 Kämmerer aus Groß- und Mittelstädten sowie der Kreise des Landes. Der Vorsitzende Ernst Schneider, Stadtkämmerer von Solingen, konnte zahlreiche Gäste aus den einschlägigen Landesministerien, von den Regierungspräsidien Köln, Düsseldorf, Arnsberg und Münster sowie von den kommunalen Verbänden, aber auch von interessierten Banken begrüßen.

Die Tagung hatte das Thema „Sind die Kommunen noch zu retten?“ Einleitend schilderten Bürgermeister Stefan Raetz (Stadt Rheinbach), Stadtkämmerer Marius Nieland (Stadt Essen) und Kreiskämmerer Dr. Stefan Funke (Kreis Warendorf) die bedrohliche Lage ihrer Kommunen. Dabei hielten sie sich nicht bei den Gründen für die Steuer- oder Zuweisungsrückgänge, bei den Belastungen aus der Finanzierung der Deutschen Einheit und den Gründen für die stetig steigenden Sozialhilfelasten auf.

Die *Stadt Rheinbach* hat bei 27.000 Einwohnern 2005 im Verwaltungshaushalt Einnahmen in Höhe von 37,6 Mio. €, aber Ausgaben in Höhe von 59,4 Mio. €. Hierin sind enthalten Altfehlbeträge aus Vorjahren von rd. 14 Mio. €. Der Fehlbetrag des Jahres 2005 beträgt 7,9 Mio. €. Die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes betragen 2005 18,4 Mio. €. Hierin ist ein Kreditbetrag von 3,6 Mio. € enthalten. Seit 2003 befindet sich die Stadt in der sogenannten vorläufigen Haushaltsführung, das heißt, ihr Haushaltssicherungskonzept führte trotz aller Anstrengungen (unter anderem Verlagerung von Aufgaben an private Dritte, Personalkosteneinsparungen durch ein langfristiges Personalkosteneinsparkonzept, Reduzierung der freiwilligen Ausgaben, Reduzierung der Investitionen auf das unumgängliche Maß) nicht zu einem durch die Aufsichtsbehörde genehmigungsfähigen Haushalt. In dieser Lage befinden sich allerdings über 80 Städte und Gemeinden in NRW. Über 180 Städte und Gemeinden (von 396 landesweit) sind verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Auch die *Stadt Essen*, die sechstgrößte Stadt der Bundesrepublik mit 590.000 Einwohnern, ist seit Jahren, fast seit Jahrzehnten, in dieser unerträglichen Lage. Der Verwaltungshaushalt der Stadt Essen wird voraussichtlich im Jahr 2005 bereinigte Einnahmen von 1,359 Mrd. € und Ausgaben von 1,8 Mrd. € haben und mit einem originären Defizit von 441 Mio. € abschließen. Bis zum Jahr 2008 werden voraussichtlich aufgelaufene Defizite und Kassenkredite von etwa 2,7 Mrd. € entstehen, daneben werden nochmals ca. 1 Mrd. € langfristige Darlehen für unumgängliche Investitionen erforderlich sein. Die Stadt Essen muß jeden Tag über 1 Mio. € mehr ausgeben, als sie einnimmt.

Der *Kreis Warendorf* leistete im letzten Jahr 46 % seiner laufenden Ausgaben in den Aufgabenfeldern Soziales und Jugend. Das waren etwa 77 Mio. €. Für 2005 rechnet er nach der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe („Hartz IV“) und

der Übernahme der Unterkunftskosten für sämtliche Empfänger des Arbeitslosengeldes II mit einem Anteil von gut 50 % an den Ausgaben des Verwaltungshaushalts. Das sind 92 Mio. €. Zusätzlich fließen fast 24 % der Ausgaben, das sind 39,5 Mio. €, in die Mitfinanzierung der überwiegend, d.h. zu rd. 85 %, sozialen Leistungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Zusammengefasst heißt das, daß 2/3 der Ausgaben des Kreises Warendorf – und in steigendem Maße - für soziale Zwecke verausgabt werden müssen.

58 % der Einnahmen zur Finanzierung dieser Ausgaben erlangt der Kreis Warendorf aus der Umlage, die er von 13 kreisangehörigen Städten erhebt, von denen drei ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen mussten; neun weitere Städte können die laufenden Ausgaben nur durch Vermögensveräußerungen oder eigentlich für Investitionen reservierte Rücklagemittel ausgleichen.

Mit Lösungsansätzen der bedrohlichen Lage der Kommunen befassten sich anschließend Prof. Dr. Gisela Färber von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer sowie Oswald Metzger, bis 2002 haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Deutschen Bundestag.

Unter den Vorschlägen von *Prof. Färber* befanden sich der Vorschlag, alle Potentiale der Deregulierung auszunutzen, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, aber auch eine Qualitätssicherung der kommunalen Verwaltungen ebenso wie die Qualifizierung des allgemeinen Arbeitskräftepotentials. Zu den Punkten, die bei einer Wiederaufnahme der Bemühungen um eine kommunale Finanzreform zu berücksichtigen seien, gehören nach ihrer Auffassung an Stelle der Gewerbesteuer eine Wirtschaftssteuer, eine modernisierte Grundsteuer sowie ein autonomes kommunales Steuersatzrecht für die kommunalen Steuern ebenso wie Besteuerungsrechte für die Kreise. Dazu gehören aber auch eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs mit einer Sicherung des Niveaus der Schlüsselzuweisungen sowie mit einer Ausgleichsfreiheit bei wachsender Gewerbesteuerkraft und die Einführung eines Stadt-Umland-Finanzausgleichs.

Oswald Metzger erläuterte seine Sicht der Lage und der erforderlichen Reformen der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme, wie zum Beispiel die Pflegeversicherung, Beamtenpensionen, das Renten- und das Gesundheitssystem.

Eine intensive Diskussion rundete die gelungene Veranstaltung des Verbandes ab.